

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 12693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelleiste ober deren Raum 1.00 Mk. bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Seite 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleiste 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Rücktritt der Reichsregierung.

### Das Wahlergebnis: 460 Abgeordnete. — 80 Unabhängige.

#### Demission des Kabinetts.

Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinett hat sich heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiterzuführen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine möglichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses erfolgen und die Einberufung des Reichstags möglichst bald stattfinden möge.

#### Die Regierungsbildung.

Berlin, 9. Juni. (Eigene Nachricht von der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, wird die Entwicklung der Regierungskrise sich wahrscheinlich folgendermaßen vollziehen: Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages wahrscheinlich noch den ehemaligen Reichskanzler Müller damit beauftragen, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Hermann Müller wird zunächst den Versuch machen, die unabhängige Sozialdemokratische Partei zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Er wird nach Ablehnung der Unabhängigen den Auftrag zur Regierungsbildung wieder an den Reichskanzler zurückgeben, da die Mehrheitsparteien sich nicht entschließen werden, mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Auch die Demokraten erklären, daß sie keinesfalls in eine Regierung ohne die Sozialdemokraten eintreten werden. Die Lage ist infolgedessen völlig unübersichtlich, da die beiden Rechtsparteien zusammen mit dem Zentrum noch keine Mehrheit im Parlament besitzen. In letzter Stunde tauschen wieder neue Meldungen über den Versuch der Erhaltung der alten Koalition auf, die eine schwache Mehrheit im Parlament habe. (?)

Die Freiheit schreibt zur Regierungskrise: Wenn man auf die Stimmen der demokratischen und rechtssozialistischen Presse etwas geben dürfte, so bedeutet der Wahlausfall so etwas wie ein Weltende. In Wirklichkeit haben die Wahlen nur einer politischen Lüge und Täuschung ein Ende gemacht. Es war eine Lüge, daß es in Deutschland eine beachtenswerte bürgerliche Demokratie gab, die bereit wäre, den Forderungen der politischen Notwendigkeit in vernünftiger Weise Rechnung zu tragen und der Arbeiterklasse ausreichende Konzessionen zu machen. Auf die Frage: Was nun? antwortet die Freiheit: „Demokraten und Rechtssozialisten tun so, als ob ihre Koalitionspolitik das letzte Wort der geschichtlichen Entwicklung wäre und weil sie zu schwach sind, ihr System fortzusetzen, sollen die Unabhängigen sich ihnen gesellen. Wenn aber nicht, dann übernehmen sie eine furchtbare Verantwortung, dann würden am Ende Rechtssozialisten und Demokraten auch nicht weiterregieren und es käme eine bürgerliche oder gar keine Regierung. Wir wollen nur sagen, daß uns diese Drohungen sehr kalt lassen und wir sie ein wenig kindlich finden. Wir sollen also eine Regierung bilden mit den Herren Siemens, Gothein, Dernburg? Vielleicht zur Verlängerung des Wirtschaftstages, zur Verhinderung jeder Sozialisierung, zur Verminderung der direkten Steuern und zur Befestigung des Kapitalismus? Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Durchführung einer wirklich sozialistischen Politik. Als Mittel der Bourgeoisie und als Stütze ihrer Herrschaft den Schein der Macht zu suchen, das kann man uns nicht zumuten.“ Auf die Frage, ob eine bürgerliche Regierung nicht eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung sei, erwidert die Freiheit, daß sie auch nicht schimmer sein könne als die Koalitionsregierung unter Noske und Heinke. „Aber wir denken, daß die Arbeiterklasse hart genug ist, jeder bürgerlichen Regierung sehr bestimmte Schranken zu setzen. Eine solche Regierung wird bei den bestehenden Machtverhältnissen es sehr sorgsam vermeiden müssen, die Arbeiterklasse allzu sehr herauszufordern. Sie wird weder im Parlament noch in der Gesellschaft so stark sein, um der Arbeiterklasse dauernd Schaden zufügen zu können. Eine bürgerliche Regierung bedeutet aber Klarheit und bessere Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse.“

#### Der Vorwärts zur Regierungsbildung.

Berlin, 8. Juni. Der Vorwärts stellt fest, daß der Reichspräsident bisher noch mit keinem führenden Politiker über die Frage der Regierungsbildung verhandelt hat. In sozialdemokratischen Kreisen wiege die Ansicht vor, daß der Schlüssel der Situation jetzt bei den Unabhängigen liege. Die Sozialdemokratie werde sich an einer weiter nach rechts neigenden Regierung nicht beteiligen, sondern in

Opposition zu ihr sich stellen. Die neugewählte sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuh treten am Sonntag zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen.

#### Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Eine genaue Feststellung der Gewählten ist noch immer nicht möglich. Die Zahl von 80, die in der letzten Meldung des Reichsamt des Innern angegeben wird, darf vielleicht als feststehend angegeben werden. Dagegen läßt sich noch nicht mit Sicherheit erkennen, welches die Abgeordneten sind, die zu den schon in den ersten Tagen sicher Gewählten hinzutreten. Alphabetisch geordnet ergibt sich bisher folgende Liste:

Aberholt, Lore Agnes, Albrecht, Beckmann, Berthels, Bock, Brandes, Bräp, Breitscheid, Brühl, Brühl, Bruchardt, Crispian, Däumig, Dismann, Dittmann, Fockhard, Dillwell, Eckardt, Eichhorn, Ernst, Fleißner, Hoff Geel, Friedrich Geyer, Dr. Kurt Geyer, Gruschwitz, Henke, Dr. Paul Herz, Dr. Herzfeld, Adolf Hoffmann, Höllein, Horn, Jäckel, Kästner, Koenen, Kogke, Kuhn, Kunert, Ledebour, Lipinski, Löwenstein, Ludwig, Masahn, Mezhoff, Merkel, Mittwoch, Dr. Moses, Anna Nehmigh, Oettinghaus, Pieper, Plettner, Pustta, Raute, Reich, Remmels, Rosemann, Dr. Kurt Rosenfeld, Rosfel, Sauerbrey, Seeger, Seidel, Toni Sender, Simon, Schirmer, Schwarz, Staab, Stöcker, Teuber, Thomas, Unterleitner, Vogtherr, Marie Wackwitz, Frieda Wulf, Mathilde Wurm, Louise Ziek, Zubeil.

Da Genosse Crispian und Genossin Nehmigh doppelt gewählt wurden — Genosse Crispian in Berlin und Württemberg, Genossin Nehmigh in Potsdam II und Vignitz —, so hängt es davon, welches der Mandate sie annehmen, ab, wer als Ersatzmann in die Fraktion eintritt.

Damit ist indes erst die Zahl von 77 Abgeordneten erreicht. Es treten noch drei hinzu, deren Namen sich aus den bislang vorliegenden Meldungen noch nicht ergibt.

#### Unabhängige Sozialdemokratie und Rechtssozialisten 1919 und 1920.

Der Zusammenbruch der S. B. D. und der Aufstieg unserer Partei tritt erst klar zutage, wenn man sich die Stimmenergebnisse bei den letzten Reichstagswahlen im Vergleich mit den bei der Wahl zur Nationalversammlung vorigen Jahres vor Augen führt. Die Wahlkreise sind zwar nicht überall die gleichen geblieben, aber die Änderungen sind doch meist geringfügig, so daß eine vergleichsweise Gegenüberstellung der Zahlen sich verlohnt. Die etwas härter veränderten Wahlkreise haben wir mit einem Stern versehen.

Wahlkreis	U. S. B. D. 1920	U. S. B. D. 1919	S. B. D. 1920	S. B. D. 1919
1 Berlin	437 166	306 672	155 259	404 604
2 Potsdam I	243 040	128 859	133 920	363 071
3 Potsdam II	288 500	138 007	?	317 967
4 Potsdam III	140 065	15 403	154 500	317 282
5 Frankfurt-Ober	44 227	—	165 040	393 027
6 Hammern	94 851	069	103 040	222 420
7 Reckensburg	38 580	42	97 802	286 855
8 Breslau	176 495	24 905	175 172	491 790
9 Pommern	310 427	294 347	61 053	109 068
10 Magdeburg-Anhalt	310 257	251 764	156 340	387 050
11 Halle	84 494	83 527	216 320	447 152
12 Weiler-Ems	103 251	22 848	112 474	149 304
13 Hannover-Ost	149 069	82 560	?	535 215
14 Hannover-Süd	176 842	—	?	?
15 Westfalen-Nord	75 162	21 093	213 328	303 813
16 Westfalen-Mitt	231 511	59 852	244 135	479 792
17 Westfalen-Süd	110 000	45 734	241 000	494 600
18 Hesse-Nassau	72 218	12 633	179 814	259 211
19 Hesse-Darmstadt	39 350	5 805	92 265	247 114
20 Köln-Aachen	317 419	177 160	37 431	185 367
21 Koblenz-Trier	98 820	5 767	90 639	244 044
22 Düsseldorf-Ost	137 979	43 614	96 746	188 029
23 Düsseldorf-West	137 979	43 614	154 734	382 362
24 Oberbayern-Schwaben	?	2 514	?	142 715
25 Niederbayern-Oberpfalz	138 411	69 348	146 022	415 253
26 Franken	38 805	7 222	87 755	110 179
27 Bala	187 080	40 970	164 006	461 789
28 Preußen-Baugen	267 100	238 084	57 501	128 029
29 Chemnitz	155 172	58 068	201 115	518 955
30 Zwickau	145 220	38 371	179 348	470 204
31 Württemberg	102 584	—	100 309	366 824
32 Baden	—	—	—	—

#### Das heiße Eisen.

Berlin, 8. Juni. (W. L. B.) Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 710 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die Sozialdemokratische Partei . . . . . 5 531 157 die U. S. B. D. . . . . . 4 899 862 die Deutschnationale Volkspartei . . . . . 3 638 651 die Deutsche Volkspartei . . . . . 3 456 131 das Zentrum . . . . . 3 590 804 die Demokratische Partei . . . . . 2 052 509 die Christlich-sozialistischen Listen (Bayrische Volkspartei, Christliche Volkspartei) . . . . . 1 254 963 die Kommunistische Partei . . . . . 438 159 die Deutsch-hannoversche Partei . . . . . 318 104

Auf Grund dieses Stimmverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichslisten 418 Abgeordnete gewählt worden, und zwar 92 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, 58 des Zentrums, 38 der Demokratischen Partei, 61 der Deutschnationalen Volkspartei, 59 der Deutschen Volkspartei, 80 der U. S. B. D., 2 der Kommunistischen Partei, 4 des Bayerischen Bauernbundes, 5 der Deutsch-hannoverschen Partei, 21 der Christlich-sozialistischen Listen.

Bei der Berechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 300 000 je ein Mandat auf die Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die Christlich-sozialistische Liste entfielen. Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 157 Sozialdemokratische Partei, 20 800 Zentrum, 22 509 Demokratische Partei, 8851 Deutschnationale Volkspartei, 16 131 Deutsche Volkspartei, 9862 U. S. B. D., 15 963 Christlich-sozialistische Liste, 18 104 Deutsch-hannoversche Partei, 318 100 Kommunistische Partei, 87 518 Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land.

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

- Sozialdemokratische Partei 110, Zentrum 67, Demokratische Partei 45, Christlich-sozialistische Liste 21, Deutschnationale Volkspartei 65, Deutsche Volkspartei 61, U. S. B. D. 80, Kommunistische Partei 2, Bayerischer Bauernbund 4, Deutsch-hannoversche Partei 5.

Die Zahlen ändern sich, aber das Gesamtbild der Wahlen bleibt dabei im wesentlichen dasselbe.

Die unabhängige Sozialdemokratie hat den gewaltigsten Aufstieg von allen Parteien zu verzeichnen. Sie hat die Zahl ihrer Vertreter fast verdreifacht. Zwar ist sie noch an Mandaten wie an Stimmen hinter den Rechtssozialisten zurück, aber eine genauere Nachprüfung der Resultate würde zweifellos bestätigen, was die bisherigen Stichproben schon gezeigt haben, daß unsere Partei in den Großstädten und Industriezentren mehr und mehr die Rechtssozialisten überflügelt und aus dem Felde schlägt, daß sie die industriellen Arbeitermassen mehr und mehr in sich vereinigt, — kurz, daß sie die Arbeiterpartei wird, während der Anhang der Rechtssozialisten sich mehr aus andern Schichten zusammensetzt. Dieser Prozeß ist noch nicht vollendet, wie Hamburg und einige andre Orte zeigen, aber er wird weiter gehen und die Einigkeit der Arbeiterschaft auf revolutionärem Boden wieder herstellen! Unsere Partei hat an diesem Wahlergebnis das Unterpfand ihrer Zukunft, die Sicherung, daß ihr die Führerschaft in der deutschen Arbeiterbewegung zufällt, wenn auch vorerst die rechtssozialistische Partei — wesentlich mit Infolge ihres gut ausgebildeten Wahlapparats und ihrer ausgeübten Presse — noch im Parlament numerisch stärker ist.

Dem Wachstum der Rechtsparteien steht das Wachstum der Linken gegenüber. Die Koalition ist zertrümmert. Sie ist auch nach den neuesten, letzten Zahlen eine Minderheit. Dazu kommt die noch völlig unklare Stellung des Zentrums. Das große Rätsel, wie auf Grund dieses Wahlergebnisses eine parlamentarische Regierung zu bilden sei, wird nach der Vervollständigung der Zahlen um nichts leichter lösbar.

Die sozialistischen Parteien haben nur 195 Mandate. Deutschnationale, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Christlich-föderalistische Partei bringen es auf 214. Mit